

Fragen des Frauenbündnisses Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2021

Antworten des SPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz zusätzlich zum Fragebogen

Gleiche Chancen für Frauen und Männer

Die Sozialdemokratie hat seit ihrer Gründung für gleiche Rechte für Männer und Frauen gekämpft. Für uns war immer klar: Gleichberechtigung ist gut für Frauen UND Männer, sie ist eine Frage der Gerechtigkeit. Dank hartnäckiger Politikerinnen wie der Sozialdemokratin Elisabeth Selbert steht in Artikel 3 unseres Grundgesetzes ein zentraler Satz: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ – dennoch ist die tatsächliche Chancengleichheit der Geschlechter noch nicht erreicht.

Unsere Ziele für Rheinland-Pfalz

Wir wollen, dass Mädchen und Frauen in Rheinland-Pfalz ein selbstbestimmtes und freies Leben führen können. Frauen sollen an allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens in gleicher Weise teilhaben. Wir schützen Mädchen und Frauen wirksam vor Gewalt und treten überkommenen Rollenerwartungen mit Nachdruck entgegen.

Wir bekennen uns auf allen Ebenen zu Gender Mainstreaming als Querschnittsansatz und gleichzeitig einer aktiven Gleichstellungspolitik. Um das bestehende Lohngefälle zwischen Männern und Frauen zu überwinden, setzen wir uns auf der Bundesebene für mehr Allgemeinverbindlichkeit bei Tarifverträgen, insbesondere in den Sozial-, Gesundheits- und Dienstleistungsberufen ein.

Wir werden junge Frauen und Männer im Rahmen der Berufs- und Studienorientierung auch in Zukunft dabei unterstützen, klassische Geschlechterrollen bei der Berufswahl zu überwinden.

Gemeinsam mit den Sozialpartnern werden wir eine **Gleichstellungsstrategie 4.0** auflegen, damit der Wandel der Arbeit durch die Digitalisierung zur Chance und nicht zum Rückschritt in der Gleichstellung wird. Wir wollen Gleichstellungsfragen als Querschnittsthema in der Digitalisierungsstrategie des Landes verankern. Wir wollen **Frauen ermutigen** und unterstützen, die **neue Unternehmen und Start-Ups** gründen.

Das **Mentoring-Programm** „Mehr Frauen an die Spitze!“ in der Landesverwaltung werden wir weiterführen. Wir werden unsere Anstrengungen für mehr **weibliche Führungskräfte und Professorinnen in der Wissenschaft** verstärken. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, den **Frauenanteil in den Gremien**, auf die wir Einfluss nehmen können, zu steigern. Wir wollen die **Gleichstellungsbeauftragten** in unseren Dienststellen und an den Hochschulen unterstützen und sie durch eine angemessene Freistellung stärken.

Frauen und Männer, die sich in schwierigen Lebenssituationen befinden, unterstützen wir ganz besonders. Dazu gehören Alleinerziehende, deren berufliche Integration wir unterstützen und für die wir die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung weiter verbessern wollen. Klar ist für uns, dass sie bevorzugt von staatlichen Unterstützungsleistungen für eine bessere Vereinbarkeit profitieren sollen.

Wir werden die wichtige, vielfach ehrenamtliche Arbeit der Frauenverbände und Familienberatungsstellen in unserem Land auch in Zukunft unterstützen.

Wir werden sicherstellen, dass Mädchen und Frauen, die Opfer von Gewalt werden, ein flächendeckendes Angebot an Beratungsstellen und Frauenhäusern vorfinden. Mit RIGG (Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen) haben wir seit vielen Jahren eine bundesweit vorbildliche Infrastruktur, die wir weiter stärken und deren auskömmliche und langfristige Finanzierung wir sicherstellen werden. Dabei wollen wir auch den besonderen Bedarfen von Frauen und Kindern mit Migrationshintergrund nachkommen. Ein besonderes Augenmerk wollen wir auf die Bekämpfung von Hass und Hetze gegen Frauen in den sozialen Medien legen.

Die Istanbul-Konvention werden wir schrittweise umsetzen. Wir haben in den letzten Jahren neue Unterstützungsangebote für Frauen geschaffen, die Opfer von häuslicher oder sexueller Gewalt geworden sind, etwa durch die Möglichkeit der anonymen Spurensicherung nach einer Vergewaltigung. Wir wollen diesen Weg weiter konsequent beschreiten und in der Polizei und in der Justiz gezielte Fortbildungsmaßnahmen für Vernehmungen und Verhandlungen anbieten.

Wir werden eine weitere Beratungsstelle für Prostituierte im Land einrichten, die den Frauen zur Seite steht und sie z.B. bei der Antragstellung von Sozialleistungen unterstützt.

Wir streben ein Gesetz für Parität in politischen Gremien an.

Auf Bundesebene werden wir uns außerdem dafür einsetzen, das Ehegattensplitting zu reformieren.

Seite 2 Frage 1:

Wird sich Ihre Partei für eine Abschaffung des Ehegattensplittings und die Einführung einer Individualbesteuerung einsetzen?

Wenn wir eine gerechte Gesellschaft wollen, müssen wir auch beim Steuersystem ansetzen. Die SPD hält das Ehegattensplitting für gleichstellungspolitisch kontraproduktiv, da es überwiegend Frauen in der Rolle der Zuverdienerinnen hält und an vielen Stellen eine eigenständige Existenzsicherung verhindert. Die SPD setzt sich für eine Abkehr vom Ehegattensplitting (bei gleichzeitigem Bestandsschutz für bereits bestehende Ehen) bzw. für eine konsequente Reform dieses Steuermodells ein. Dieses Thema ist derzeit auch Gegenstand des Prozesses zur Erarbeitung des Regierungsprogramms zur Bundestagswahl mit dem sich die SPD auf Bundesebene befasst.

Seite 2 Frage 2:

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen geringfügige Erwerbsarbeit sozialversicherungsrechtlich genauso abzusichern wie jede andere Erwerbsarbeit?

Geringfügige Beschäftigung wollen wir abbauen, den Missbrauch bekämpfen und Beschäftigten den Weg aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit öffnen. Gerade die Corona-Krise zeigt uns, wie wichtig Sicherheit durch sozialversicherungspflichtige Jobs ist. Denn nur dann kann beispielsweise Kurzarbeitergeld fließen. Deshalb ist Job nicht gleich Job: Was wir brauchen, sind mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Nur so gibt es mittel- und langfristige soziale Sicherheit – in der Rente und in der Arbeitslosenversicherung.

Seite 5 Frage 1:

Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, Institutionen und deren Maßnahmen zur Information, Aufklärung und Sensibilisierung im Sinne der Istanbul-Konvention finanziell ausreichend zu unterstützen?

Die SPD setzt sich seit vielen Jahrzehnten für die Gleichstellung und die Überwindung der Geschlechterstereotype ein. Durch die Istanbul-Konvention wurde das Verständnis für diese Forderungen und Maßnahmen größer, was wir sehr begrüßen. Die Finanzierung dieser Maßnahmen werden vom jeweiligen Haushaltsgeber übernommen. Wir sprechen uns für eine schrittweise Umsetzung aus und somit auch für eine sukzessive Erhöhung der Förderung für die einzelnen Maßnahmen.

Seite 7 Frage 1:

Wird Ihre Partei die Initiativen auf Bundesebene unterstützen, die anstreben, dass Menschen mit geringem Einkommen Zugang zu kostenlosen Verhütungsmitteln bekommen?

Für die SPD ist klar, die Familienplanung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Deshalb wollen wir, dass für **alle** Frauen und Männer der Zugang zu Verhütungsmitteln sichergestellt wird.

Seite 9 Frage 2:

Sind Sie und Ihre Partei bereits, zur Erfüllung der Istanbul-Konvention die Beratungsstellen und Hilfsangebote der Frauennotrufe auszubauen und den steigenden Mittelbedarf zu tragen?

Die SPD setzt sich dafür ein, die Arbeit der Frauennotrufe und weiterer Anlaufstellen finanziell zu unterstützen. Allein im Haushalt für das Jahr 2021 ist der Anteil der Unterstützung um ein Drittel auf ca. 5 Millionen Euro gewachsen. Hierbei wurden Frauenhäuser, Interventionsstellen und weitere Anlaufstellen unterstützt. Auch die Personalkostenerstattung wurde um pauschal 2 Prozent angehoben.